

Pressemitteilung 18/2017

Halle (Saale), den 11. April 2017

Pionierkunde Staat:

Wie die öffentliche Nachfrage private Innovationen antreiben kann

Gerade in technologieintensiven Branchen kann der Staat durch seine Nachfrage den privaten Markt erweitern – und Anreize für privatwirtschaftliche Forschung und Entwicklung setzen, erklärt Viktor Slavtchev vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH).

Forschung, Entwicklung und Innovation sind die eigentlichen Treiber von Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlicher Entwicklung. Die Intensität der Forschung und Entwicklung ist aber vergleichsweise gering, und viele Ergebnisse bleiben obenrein in der Schublade liegen, bringen also keinen wirtschaftlichen Gewinn. Um Wachstum und Innovation in Europa voranzutreiben, haben die EU-Mitgliedsländer bereits im Jahr 2000 die Lissabon-Strategie ausgearbeitet: Auf 3% des Bruttoinlandsprodukts sollten die Forschungsinvestitionen angehoben werden. Zwei Drittel der Gesamtinvestitionen sollte indes die Privatwirtschaft schultern und mittels Subventionen und Steuererleichterungen unterstützt werden. Die Effekte sind aber weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Das stellte auch die Europäische Kommission in ihrem Schlussbericht fest.

Aktuelle Forschungsergebnisse am IWH zeigen, dass eine staatliche Nachfrage private Forschungsaktivitäten anregen kann. Die staatliche Nachfrage erlaubt es privaten Unternehmen, die Kosten für Forschung und Entwicklung auf größere Absatzmengen umzulegen, lässt die privaten Erträge ansteigen und generiert somit zusätzliche Anreize, in die Entwicklung neuer Technologien zu investieren. „Wenn der Staat die Nachfrage erhöht, können Forschungsaktivitäten entstehen, die es ansonsten gar nicht gegeben hätte“, so Viktor Slavtchev, Leiter der Forschungsgruppe Innovation, Produktivität und wirtschaftliche Dynamik am IWH. „Das ist besonders in technologieintensiven Bereichen der Fall, weil hier die Unsicherheiten besonders groß sind. Gerade dann kann der Staat eine wichtige Rolle als Pionierkunde spielen.“ Der Staat ist durch seine Nachfrage imstande, eine sichere Absatzmenge zu garantieren und so genannte Lernkurveneffekte zu stimulieren: In den frühen Phasen des Lebenszyklus eines Produkts oder einer Technologie beschleunigt er damit den Technologiereifeprozess und die Marktdurchdringung.

„Die aktuelle staatliche Einkaufspolitik berücksichtigt diese Erkenntnis aber nicht ausreichend“, so Slavtchev. Staatliche Auftraggeber stellen häufig innovationspolitisch motivierte Überlegungen zurück – und ziehen stattdessen konservative Kriterien wie den niedrigsten Preis heran. Dabei ist selbst unter rein ökonomischer Betrachtung umstritten, ob die ausschließliche Konzentration auf den Einkaufspreis zielführend ist. Denn der Nutzwert und die gesamten Lebenszykluskosten einer Leistung können nicht

Sperrfrist

11. April 2017, 15:00 Uhr

Pressekontakt

Rahel Künkele
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner

Viktor Slavtchev
Tel +49 345 7753 743
Viktor.Slavtchev@iwh-halle.de

Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)

Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

immer vollständig in die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung einbezogen werden. Bevor aber eine Umkehr von einer ausschließlich preisorientierten hin zu einer unternehmerischen Denkweise stattfinden kann, müssen auch noch weitere Aspekte diskutiert werden, so z. B. technologische *lock-ins* (falls der Staat bestimmte Technologien favorisiert), Nichtdiskriminierung bestimmter privater Akteure (d. h. Branchen und Firmen), Anpassungs- und ggf. Lähmungseffekte auf Seiten der begünstigten Unternehmen sowie auch eine Kosten-Nutzen-Analyse im Vergleich zu anderen möglichen Förderinstrumenten. „Die wichtigste Aufgabe des Staates ist und bleibt es, seine Primärfunktionen sicherzustellen, also öffentliche Güter bereitzustellen. Diese Aufgabe muss weiterhin oberste Priorität haben und darf hinter anderen nicht zurückfallen“, so Slavtchev.

Veröffentlichung

Slavtchev, Viktor; Wiederhold, S.: Does the Technological Content of Government Demand Matter for Private R&D? Evidence from US States, in: [American Economic Journal: Macroeconomics](#), Vol. 8 (2), 2016, 45-84.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Dr. Viktor Slavtchev
Tel +49 345 7753 743
viktor.slavtchev@iwh-halle.de

Pressekontakt

Rahel Künkele
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf [Twitter](#)

 Das IWH auf [Facebook](#)

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 91 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.